

Der Zentral-Arbeiter

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin D 34, Remler Str. 2/3
Verleger: Rudolf Hübner, 1006, 1076 und 1262. — Die Zeitung
erscheint jeden Freitag
Telegraphische Adressen: Zentral-Pragla Berlin

Verzinst sich Ihr nichts — Vereintigt alles!

Anzeigen- und Verbandsgebühren sind an Otto Schöne, Berlin D 34,
Meyler Straße 88 (Postfach 5399), zu richten. — Preis
preis nur durch die Post. Vierteljährlich 6 Mk.
Anzeigenpreis 4 Mark für die dreizehnpolige Seite

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Inhalt: Gewerkschaften und Volk (Schluß). — Krisis und
Aufschwung. — Das Wirtschaftsprogramm der ver-
einigten Arbeitgeberverbände. — Es gibt keine Einheitsfront mit
der SPD. — Kommunistische „Aktivität“. — Aufruf für die
Neuwahlen der Betriebsvertretungen im Jahre 1926. — Frauenteil.
— Aus der Textilindustrie. — Berichte aus Fachkreisen. — Literatur.
— Bekanntmachungen.

Gewerkschaften und Volk.

Zum Gedächtnis von Carl Legiens Sterbetag.

Von Theodor Leipart.

(Schluß.)

Neulich sagt Legien damals in einem Aufsatz in den „Sozialistischen Monatsheften“:

„Der Krieg hat große Anforderungen insbesondere an die Solidarität der Arbeiterklasse gestellt, ihr Lasten auferlegt, die nicht ertragen worden wären, hätte nicht durch die Schulung in den Arbeiterorganisationen der Gedanke in den Arbeitermassen Wurzel gefaßt, daß das Interesse der Gesamtheit jedem Sonderinteresse voranzustellen ist.“

Und er erhebt in diesem Artikel die berechtigte Beschwerde gegen die alten Feinde der Arbeiterbewegung, daß sie noch bis wenige Wochen vor dem Krieg die Gewerkschaften als einen Fremdkörper im Wirtschaftsleben angesehen und bezeichnet haben. Gerade die Erfahrungen während des Krieges hätten dann auch jene Kreise überzeugt, daß ihre Beurteilung der Gewerkschaften falsch war. „Nicht als ein Hemmnis, so schreibt Legien, „ermiesen sich die Gewerkschaften bei der Aufrechterhaltung der Volkswirtschaft, sondern als ein sehr bedeutender Faktor zu deren Förderung.“

In demselben Aufsatz kommt Legien übrigens auch auf das Verhältnis der Gewerkschaften zur Sozialdemokratischen Partei zu sprechen, indem er ausführt:

„Man hat es den Gewerkschaftsblättern oft genug verübelt, daß sie eine sozialistische Tendenz zeigen. Würde ohne diese die Erziehung der Massen zur Solidarität den Erfolg haben, der sich jetzt zeigt? Der Egoismus des einzelnen würde in den Arbeiterkreisen trotz zum Ausdruck kommen, wenn es an der Erziehung und Schulung durch die Organisation ge-
fehlt hätte.“

Ein absolut klares Bekenntnis der Gewerkschaften zum Sozialismus hatte Legien bereits im Jahre 1892 in einem Aufsatz im „Sozialpolitischen Zentralblatt“, in dem er das Programm des 1. deutschen Gewerkschaftskongresses behandelte, mit folgendem Satz ausgesprochen:

„Die Vertreter der Gewerkschaftsorganisationen, welche zu diesem Kongress zusammengetreten, stehen im Gegensatz zu den sogenannten Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften auf dem Standpunkt, daß die Gewerkschaftsbewegung und -organisation nicht Selbstzweck, sondern Mittel seien, um die Sozialisierung der Produktion vorzubereiten.“

Später hat er dann in einem Aufsatz aus dem Jahre 1900 sich über das Endziel der gewerkschaftlichen Bewegung geäußert, als welches er die Demokratisierung der Produktion bezeichnet. Er führte an dieser Stelle aus, daß von der Erhöhung der Löhne und der Verkürzung der Arbeitszeit und deren Folgen für die physischen und geistigen Kräfte der Arbeiterklasse die Erreichung des zweiten Zieles, oder, wenn man wolle, des Endzieles der gewerkschaftlichen Bewegung abhängig sei. Und er fügte hinzu: „Ob dieses Ziel, die Demokratisierung der Produktion, ausschließlich durch die politische Bewegung erreicht werden wird, oder ob die Gewerkschaften hieran in entscheidendem Maße teilnehmen werden, mag dahingestellt bleiben. Tatsache ist, daß die Gewerkschaften heute schon nach dieser Richtung hin erfolgreich tätig sind. So wenig wie im Staatsleben der Sprung vom völligen Absolutismus zur Demokratie möglich ist, sondern ein Uebergangsstadium, der konstitutionelle Staat, erscheint, so wenig oder noch weniger wird in der Produktion eine radikale Veränderung erfolgen, ohne daß die erforderlichen Vorbedingungen gegeben sind. Diese zu schaffen, sind die Gewerkschaften befreit.“

„Tarifgemeinschaften sind infolgedessen nicht etwa ein Zeichen der Schwäche der Arbeiterorganisationen, sondern sie sind im Gegenteil ein Beweis für die Stärke derselben, denn sie sind ein sicherer Ausdruck dafür, daß die Unternehmer des betreffenden Berufes oder Ortes gezwungen worden sind, an Stelle des von ihnen gewünschten individuellen und kollektiven Arbeitsvertrages treten zu lassen.“

So sehen wir in diesen Äußerungen Legiens immer mehr die Bedeutung der Gewerkschaften wachsen. Schon vor 25 Jahren erkannte er in den damaligen Erfolgen der Gewerkschaften die Anfänge der Wirtschaftsdemokratie. Mit Recht, denn mit der Einführung der kollektiven Arbeitsbedingungen mußte der Absolutismus im Fabrikbetriebe verschwinden.

Es hat jedoch noch lange gedauert, bis die tarifliche Regelung der Arbeitsverhältnisse größere Fortschritte gemacht hat, und wir müssen leider gestehen, daß wir mit der Demokratisierung der Wirtschaft auch heute noch erst in den Anfängen stehen. Wir haben zwar inzwischen die politische Demokratie, wenigstens dem Grunde nach, in Deutschland durchgeführt. Jedoch „die politische Freiheit“, so sagte Legien schon 1896 auf dem 2. deutschen Gewerkschaftskongress zu Berlin, „ist ohne die wirtschaftliche Gleichberechtigung für das Proletariat nur ein leerer Schall“.

Und in einem Aufsatz aus dem Jahre 1897 hebt Legien gleichfalls hervor, daß ohne ökonomische Freiheit keine politische Freiheit möglich ist. Er führt in diesem Zusammenhange aus, daß diese ökonomische Freiheit durch die Gewerkschaftsbewegung allein nicht erreicht werden würde, sondern sie würde das Resultat sein „einer Wechselwirkung von politischer und gewerkschaftlicher Arbeiterbewegung“.

Als wir nach dem Umsturz im Jahre 1918 die politischen Freiheiten für die Arbeiterklasse errungen haben, hat es sicher bei vielen ein starkes Gefühl der Enttäuschung hervorgerufen, daß sich anschließend daran nicht auch in gleichem Maße die Bedingungen der wirtschaftlichen Abhängigkeit und der kapitalistischen Ausbeutung geändert haben. Selbst der Besitz der politischen Macht, die die Arbeiter vorübergehend in der Hand hatten, hat an den wirtschaftlichen Dingen nicht viel geändert.

Abgesehen von den allerdings besonders großen Schwierigkeiten, die sich aus den Zeitverhältnissen nach dem Krieg ergaben und jede einschneidende wirtschaftliche Maßnahme fast unmöglich machten, zeigt doch diese Erfahrung auch recht deutlich, daß die Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaftsweise, d. h. ihre Umgestaltung, sich nur auf dem Wege allmählicher Entwicklung vollziehen kann, wie Legien das in dem lehrerwähnten Aufsatz über die Demokratisierung der Produktion als Endziel der gewerkschaftlichen Bewegung vor 25 Jahren schon ausgeführt hat.

Allerdings bleibt es nach wie vor unsere Aufgabe, diesen Entwicklungsprozeß durch unsere Einwirkung möglichst zu fördern und zu beschleunigen. Vorerst aber sind die Produktionsmittel noch im alleinigen Besitz des Unternehmers, haben also die Kapitalisten noch das Monopol über die Produktionsmittel.

Aber wir sehen doch schon die Tatsache, daß die Kapitalisten über diesen ihren Besitz nicht mehr unbefristet verfügen können. Sie können über die Anwendung und Ausnutzung der Produktionsmittel nicht mehr allein nach ihrem eigenen Willen bestimmen, und zwar aus dem Grunde nicht, weil sie nicht mehr die unbefristete Verfügungsgewalt haben über die lebendige Arbeitskraft. Die Verfügung über den lebendigen Arbeiter ist ihnen durch die Gewerkschaften mit immer wachsendem Erfolg streitig gemacht worden. Dem kapitalistischen Monopol über die Produktionsmittel haben sich die Organisationen der lebendigen Arbeitskraft entgegen gestellt, die Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten. Die Gewerkschaften könnten gleichfalls monopolistische Wirkungen ausüben, wenn jeder Verband die Gesamtheit seiner Berufskollegen organisiert hätte. Dann könnten die Gewerkschaften mit ihrem Monopol über die Arbeitskraft dem kapitalistischen Monopol über die Produktionsmittel mindestens das Gleichgewicht halten, und mit der Uneherrschaft des Kapitalismus wäre es dann ganz sicher bald vorbei. Woraus sich die Folgerung und die erste Mahnung ergibt, daß die Werbung neuer Mitglieder für die Gewerkschaften unter den zurzeit noch fernstehenden Arbeitern und Arbeiterinnen in allen Betrieben nicht erlahmen darf.

Die Gewerkschaften haben den Kampf für ihre gleichberechtigte Mitwirkung in der Wirtschaft im letzten Jahre mit ganzer Wucht aufgenommen. Die Verhandlungen und Beschlüsse unseres Kongresses in Breslau bilden den Anfang einer Bewegung, die mit Entschiedenheit durchgeführt werden soll.

Die Gewerkschaften werden es nicht zulassen, daß die Unternehmer noch länger die Wirtschaft als ihre alleinige Privatangelegenheit betrachten. Die Wirtschaft ist nicht eine private, sondern eine öffentliche Angelegenheit. Jeder, der in der Wirtschaft wirkt und arbeitet, soll seine Tätigkeit als einen Dienst am Volke betrachten. Der arbeitende Mensch hat für die Wirtschaft noch eine größere Bedeutung als die Produktionsmittel. Genau wie im Staate sollen auch in der Wirtschaft die Arbeiter nicht mehr länger Untertanen sein, sondern gleichberechtigte Wirtschaftsbürger. Dann wird auch eintreten, daß die Wirtschaft nicht mehr vom Erwerbsinteresse des einzelnen, sondern vom Versorgungsinteresse der Gesamtheit geführt wird.

Für diese Grundsätze werden die Gewerkschaften ihren Einfluß und ihre Macht einsetzen, weil sie die Hebelwirkung haben, daß nicht nur das Interesse der Arbeiter, sondern das Wohl des ganzen Volkes und das Interesse der Wirtschaft selbst dies verlangen.

Die gesunde und fortschrittliche Entwicklung von Staat und Volk ist abhängig einerseits von einem gesunden Fortschritt der staatlichen Verwaltung und der politischen Gesetzgebung nach dem Grundsatze der Gerechtigkeit und des Wohlergehens aller Volksgenossen, andererseits aber nicht minder auch von der fortschrittlichen Gestaltung der gesamten Volkswirtschaft. Die Wirtschaft ist die Grundlage für das Gedeihen des Staates und des Volkes. Man nennt sie Volkswirtschaft, weil sie die Wirtschaft des Volkes für das Volk sein soll. Also ist die Wirtschaft eine Volksangelegenheit und nicht eine Privatangelegenheit des Unternehmers. Als Volksangelegenheit ist die Wirtschaft natürlich auch eine Angelegenheit des Staates und der Staatspolitik, und für den demokratischen Staat ist es eine Selbstverständlichkeit, daß er nicht nur den Unternehmer, sondern alle Schichten an der Regelung des Wirtschaftslebens teilnehmen lassen muß. Somit ist es eine Aufgabe der Staatspolitik, daß sie in erster Linie der großen Masse der Arbeiter und Angestellten durch ihre berufenen Organisationen, d. h. die Gewerkschaften, die gleichberechtigte Beteiligung an der Regelung des Wirtschaftslebens zu gewähren und sicherzustellen hat.

Für den demokratischen Staat ist es aber auch eine Notwendigkeit, daß er von sich aus Wirtschaftspolitik treibt für das Volk. Der demokratische Staat ist nicht mehr der Obrigkeitstaat von früher, sondern soll der Volksstaat sein. Als solcher ist der demokratische Staat gezwungen, mehr Wirtschaftspolitik zu betreiben, als der alte Obrigkeitstaat das zu tun brauchte. Der demokratische Staat muß aber auch um seiner selbst willen seinen Einfluß auf die Wirtschaft ausüben. Denn Demokratie im Staate und Autokratie in der

Wirtschaft vertragen sich nicht auf die Dauer. Wer also das demokratische System in der Staatsverwaltung schützen und aufrechterhalten will, muß dafür sorgen, daß auch in der Wirtschaft die Demokratie durchgeführt wird.

Hieraus erklärt es sich auch, daß die politische Demokratie bei uns noch immer stark gefährdet ist, weil eben die Gegner der Wirtschaftsdemokratie die Konsequenz der demokratischen Staatsform für die Wirtschaft fürchten müssen. Darum sind die Gewerkschaften auch die treuesten Hüter der jetzigen republikanisch-demokratischen Staatsform, weil sie wissen, daß jede Gefährdung der politischen Demokratie den Kampf für die Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie aufs äußerste erschwert.

Zu den wirtschaftlichen Gründen, die für die Demokratisierung der Wirtschaft sprechen, kommt also für die Gewerkschaften auch noch der politische Grund, daß die Aufrechterhaltung der Unternehmerrautokratie in der Wirtschaft eine dauernde Gefahr für den demokratischen Staat bildet.

So wirken also die Gewerkschaften für den Staat, für die Wirtschaft und für das ganze Volk, obwohl sie und gerade weil sie in erster Linie für die geistigen und materiellen Interessen der Arbeiterschaft eintreten, wie das gerade in der jetzigen Zeit der Not eine Selbstverständlichkeit ist.

Die allgemeinen Linien ihrer Tätigkeit sind von Legiens Zeiten bis zur Gegenwart die gleichen geblieben. Mit dem Wachstum ihrer Stärke und ihres Einflusses in Staat und Wirtschaft ist auch ihr Aufgabengebiet gewachsen und ihre Verantwortung vor der Arbeiterschaft und vor dem Volksganzen größer geworden. Überall in der gesamten Gewerkschaftsbewegung aber ist der entschlossene Wille vorhanden, auch diese vermehrten Aufgaben zu erfüllen mit der gleichen Ausdauer und treuen Hingabe an das Wohl der deutschen Arbeiterschaft und des deutschen Volkes, wie sie das in den vergangenen Jahrzehnten unter der bewährten Führung Carl Legiens getan hat.

Krisis und Aufschwung.

Auslaufen der Wirtschaftskrisis. — Tiefstand mit überhohem Preisniveau. — Naturbeobachtungsversuche und zusätzliche Baurechte. — Das Preisproblem.

*** Die Entwicklung der deutschen Wirtschaft hat Ende 1925 durch- aus trübselhaften Charakter angenommen. Ohne Zweifel sieht diese fast schlagartig einsetzende Wendung in ursächlichem Zusammenhang mit dem Abstoßen der amerikanischen Kredite im Januar des vergangenen Jahres. Dieses Abstoßen unterbroch die seit Mitte 1924 bei uns zu beobachtende wirtschaftliche Aufwärtsbewegung. Jedoch setzten sich die Auswirkungen in unserer Wirtschaft sehr langsam und sehr uneinheitlich durch; die Produktionsmittelindustrie, unter anderem die Metallindustrie, empfanden sie früher und schärfer als die Verbrauchsgüterindustrie, z. B. die Textilindustrie. Allerdings verschärfte sich unter Einfluß zunehmender Geldknappheit bei steigendem Geldmittelumlauf die Notwendigkeit, die angekauften Waren- lager abzustößen (zu liquidieren), ohne doch aber eine wesentliche, dem Verkehr und dem Markt zugute kommende Preislenkung erzielt wurde, während der Arbeitsmarkt, der mit 197 248 Hauptunterstützungsempfängern im Juli 1925 seinen günstigsten Stand im Laufe des verflohenen Jahres erreichte, sich zusehends verschlechterte. Die ungleiche Entwicklung erklärt sich aus dem nach immer anormalen Zustand unseres Wirtschaftslebens, insbesondere durch die Kapitalseinführungen aus dem Ausland, weiter durch die Hemmnisse in der Preisbildungsstendenz durch das bekannte Uebel der Kartellierung usw.

Die eigentliche Krise, der plötzliche Umschwung, der Ausgang der Hochspannung in unserem Wirtschaftsleben, setzte erst Mitte Oktober 1925 ein. Sie ist gekennzeichnet durch sinkende Großhandelspreise, verminderte Einfuhren aus dem Ausland (z. B. betrug die Baumwolleneinfuhr nach Deutschland im ersten Vierteljahr 1925 rund 22,7 Millionen Reichsmark, im zweiten Vierteljahr 15,7 und im dritten Vierteljahr 23,7 Millionen Reichsmark), Steigerung der Arbeitslosenfiguren, steigende Konsumzahlen usw., wie folgende Aufstellung veranschaulicht:

Ergebnis- tabelle (1925 = 100)	Einfluß von Reichsmark- Einheiten (in 100.000)	Einfluß von Reichsmark- Einheiten (in 100.000)	Erhöhte Konkurrenz
Januar 1925 . . .	138,2	67,4	87,2
Mai 1925 . . .	131,9	52,0	92,2
August 1925 . . .	121,7	52,2	89,8
November 1925 . . .	121,1	46,5	73,8
Dezember 1925 . . .	121,5	40,5	61,5

In letzter Zeit ist nun im industriellen Lager darauf hingewiesen worden, das zum mindesten Mitte Januar 1926 die Krise über- wunden gewesen sei. Eine ganze Menge von Zeichen auf den verschiedensten Märkten spricht für ein Auslaufen der Krise; in der flüssigen Geldmarkt, das ununterbrochene Preisniveau, das Aufleben der Wertpapiermärkte usw. Insbesondere ist der deutsche Geldmarkt ein Zeichen für die Überwindung der Krise, von einer derartigen Art, daß deutsches Kapital in Deutschland leicht seine Gelegen- heit zur kurzfristigen Anlage findet und auf dem europäischen Geldmarkt untergebracht werden mußte. Im Zusammenhang damit nicht ohne die Besserung des deutschen Effektenmarktes, da die Börse, hervor- angeregt durch die günstige Beurteilung des deutschen Wirtschaftszustandes durch das Ausland, Kapitalverkehr in größerem Um- fange annahm. Es ist deshalb kein Wunder, daß die Meinung wächst, die eigentliche Wirtschaft, die Produktion, die Fertigung anzufangen. U. a. bedingt man mit dem Plan, über den man Hörsenlagen nach im Schicksal der Regierung frucht und auf den auch der Reichsanwalt in seiner Regierungserklärung bereits hin- wies, durch eine Belebung des Baumarktes den Wirtschaftsaufschwung bei uns einzuleiten und zu forcieren. In einer normalen Wirtschaft kann man allerdings immer wieder feststellen, daß sich die flüssigsten auf die Warenproduktion auswirkt. In Deutschland spricht auch für die Idee, die Wirtschaft allgemein über den Baumarkt anzufachen, die Notwendigkeit, ein großes Verläumnis der Inflation, in der man die notwendigen Neubauten durch Belastung des nationalen Un- löstentontos (Verlust unseres mobilen Kapitals infolge der Wert- entwertung) mühelos hätte schaffen können, und-bingt durch ver- mehrte Bautätigkeit nachzuholen. Dabei ist zu bedenken, daß das

Bedenke, daß jedes neugewonnene Mitglied die Kraft der Organisation erhöht!

Baugewerbe unsere wichtigste Schlüsselindustrie ist, die, wenn sie einmal in Gang gesetzt wird, unzähligen anderen Industriezweigen Auftragsbestand und Antrieb gibt. Das dürfte um so mehr der Fall sein, als viele Industrien bei uns eine technische Umstellung, die zum Teil in der Gründung von Riesenbetrieben, z. B. des Farben-, Montan- und Autostrass zum Ausdruck kommt, hinter sich haben, die geradezu eine Hochspannung von Leistungsfähigkeit bedeuten. Diese Industrien dürften eine Kapazität besitzen, die die Leistung pro Mann und Betrieb im Frieden sehr weit übertrifft. Aber in dieser gesteigerten Leistungsfähigkeit liegen auch Bedenken, die stark gegen eine künstliche Unturbelung, gegen ein vorzeitiges Konjunkturexperiment sprechen. Vor allem muß man sich über die Frage klar werden, ob Inland und Ausland unsere gesteigerte Erzeugung aufnehmen können. Unsere Ausfuhr ist sich im Monat November und Dezember 1925 mit gut 790 Millionen Mark gleichgeblieben. Sie stagniert also. Dabei ist aber von Bedeutung, daß sich der Anteil der Fertigwaren an der Gesamtexport, der im August 1925 noch 76 Proz. und im September 1925 sogar 77,2 Proz. betrug, im Dezember 1925 auf 70,9 Proz. gesenkt hat. Stagniert die Ausfuhr, so hat sich der Inlandsverbrauch infolge der vermehrten Arbeitslosigkeit und der gesteigerten Kurzarbeit ohne Zweifel gesenkt. Diese ganz natürliche Bewegung wird bei uns durch die Tatsache verschärft, daß die gegenwärtige Krise keine genügende Senkung der Kleinhandelspreise, wie das gewöhnlich in der Krisengeschichte zu beobachten ist, in einer normalen Wirtschaft immer der Fall ist, ausgelöst hat. Wir geben über diesen Zusammenhang folgende Zusammenstellung:

	Gesamtlebenshaltungsindeks (1913/14=100)	Fertigwarenpreise für Kleinzeilen		
		Textil und Schuhe	Textil und Schuhe	Konsumgüter
Februar 1925	135,6	142,2	144,2	148,7
Mai 1925	135,5	148,4	146,1	151,3
August 1925	145	150,9	148,2	154,0
November 1925	141,4	151,3	149,4	153,7
Dezember 1925	141,2	150,7	147,5	154,4

Da sich der gesamte Verbrauch bei uns nicht verbilligt hat, was ja der eigentliche Sinn in der Krise der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ist, muß die in schnellerem Tempo arbeitende Wirtschaft sofort nach ihrer Unturbelung auf den benannten Markt rücken. Die gesteigerte Produktion und die Absetzfähigkeit für Waren stehen nicht in dem Verhältnis, das einen wirklichen Aufschwung der Wirtschaft garantiert. Dazu kommt, daß in guten Wirtschaftsjahren die Preise anziehen. Durch die neue Preissteigerung und durch die weitere Erhöhung des Preisniveaus schließen sich aber jene Familie von selbst, durch die unsere Warenausfuhr nach dem Auslande geht. Voraussetzung für eine dauernde Besserung in unserer Wirtschaft ist also, soweit wir nicht durch Wendungen der Weltmarktskonjunktur mitgeriffen werden, die Anpassung unseres Preisstandes an den Grad unserer Kaufkraft, d. h. Stärkung der Kaufkraft durch eine radikale Warenverbilligung.

Es ist durchaus möglich, die Wirtschaft durch den Baumarkt anzukurbeln, wenn man der Bauindustrie die zusätzlichen Kapitalien zuführt. Dafür könnten u. a. Auslandskredite in Frage kommen. Allzu weit darf man aber in der Herbeibringung von Auslandskrediten für Bauzwecke nicht gehen, da wir Gefahr laufen, flüssige Mittel, die ganz entschieden unsere Kräfte übersteigen, zu immobilisieren. Dagegen empfiehlt sich aber die ausschließliche Verwendung der Hauszinssteuer für Bauzwecke. Soweit nun die Unturbelung der Wirtschaft selbst durch Verwendung von Mitteln der öffentlichen Hand in Frage kommt, dürfte folgendes zu beobachten sein: Die Baukosten sind gegenüber dem Frieden ganz gewaltig gestiegen. Professor Sievert schätzte gelegentlich der Tagung der deutschen Bauingenieurvereine die Verteuerung gegenüber den Friedenskosten auf 80 Proz. Im Frieden gab ein Arbeiter, der ein Durchschnittsjahresinkommen von rund 2000 M. hatte, ungefähr 300 M. für die Miete aus. Gemessen an der Verteuerung der Baukosten, müßten die Mieten sich heute ganz gewaltig steigern. Der Anteil der Miete an dem Gesamteinkommen der Bevölkerung darf sich aber nicht ändern, nicht nach oben verschoben, wenn nicht ganz bestimmte volkswirtschaftliche Gefahren ausgelöst werden sollen. Somit steht die öffentliche Hand vor der Notwendigkeit, die gegenwärtige Verteuerung im Baugewerbe zu tragen und sie durch das Aufkommen aus der Hauszinssteuer abzudecken. Für den Umfang der Bauaktion im Jahre 1926 bedeutet dieser Zusammenhang, daß die von der öffentlichen Hand zur Verfügung zu stellenden Mittel (Hauszinssteuerhypotheken) im höchsten Maße kaum dazu ausreichen werden, die Verteuerung bei den Neubauten abzudecken. Eine starke Vermehrung der Neubauten ist kaum zu erwarten, da sich jeder, der nicht Nutznießer der Abhebung der Bausteuerung durch die öffentliche Hand ist, vor dem Bau hüten wird. Die Bauaktion wird also, selbst wenn man Auslandskredit herbeizieht, was bis jetzt sehr unwahrscheinlich ist, und selbst wenn man das Aufkommen aus der Hauszinssteuer restlos den Neubauten zur Verfügung stellt, in ihrem Umfang beschränkt sein. Daraus ist zu schließen, inwiefern eine Anregung der anderen Industrie durch eine künstliche Belebung der Bauindustrie möglich sein wird. Die Bedeutung des Baumarktes für die Gesamtwirtschaftslage ist allerdings so groß, daß man ihn unbedingt für die Entlastung des Arbeitsmarktes ausnützen muß. Diese Aufgabe kann aber nur im Rahmen des großen Problems, des Preisproblems im allgemeinen gelöst werden. Voraussetzung für eine günstige Beeinflussung der Gesamtwirtschaft durch den Baumarkt ist in erster Linie die radikale Senkung der Baukosten. Es folgten in Berlin:

	Juli 1914	Februar 1924	Juli 1925	Januar 1926
1000 Mauersteine	15,50	23,—	37,—	38,50
Hydraulischer Kalk	1,—	2,20	1,57	1,60
Zement	2,75	5,16	5,—	5,—
Dachzappe	0,60	1,07	0,53	0,57
Glas	1,50	2,70	3,25	2,70
1000 Ziegel	29,—	52,50	78,—	78,—
Kampbletz	35,—	52,—	50,—	55,—

Der Bauarbeiterlohn hat sich in der Zeit von 1913 bis Ende 1925 kaum um 50 Proz. erhöht (nach den reichsstatistischen Angaben liegt der Stundenlohn des Maurers und des Zimmerers von 0,715 auf 1,150 M. und der Stundenlohn des Bauhilfsarbeiters von 0,564 auf 0,947 M.). Es ist nicht einzusehen, weshalb der Ziegel-, Zapp- und Holzschiffelbau, -händler den dreifachen Friedenspreis fordern, obwohl die Nachfrage nach Baustoffen gegenüber der Nachfrage im Frieden ganz gewaltig gesunken ist. Die Preisüberhöhung ist nur die Folge des Kartells und der Produktionshöflichkeit (Schließung von Ziegelfabriken usw.). Gerade die Kartellisierung in der Ziegelfabrikation, die in letzter Zeit im Berliner Bezirk und in Rheinland und Westfalen größte Fortschritte zu verzeichnen hat, wodurch der Preis für Mauersteine im Januar 1926 gegenüber Dezember 1925 sogar um 250 M. hoch, wird uns bei der Rückkehr zum Bauwesen die Bedeutung des Baumarktes für die allgemeine Wirtschaftslage und den Arbeitsmarkt noch viel zu schärfen machen. Die Frage über auch, in welcher Richtung sich die Preisentlastung der Regierung, die ausschließlich im Wirtschaftsmieterium erörtert wird, bewegen muß.

Das Wirtschaftsprogramm der Vereinigten Arbeitgeberverbände.

Die „Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände“ hat eine Broschüre, betitelt „Deutsche Wirtschafts- und Finanzpolitik“ herausgegeben, die in ihrem Inhalt Grundzüge eines Wirtschaftsprogramms darstellt. Die Vereinigung tritt in der Broschüre den Gedanken, daß unsere Wirtschaft durch Reparationsabgaben, Steuern, Eisenbahnfrachten, soziale Abgaben, sowie durch die Wirkung des Tarifzwanges überlastet ist. Sie verlangt infolgedessen Einschränkung der Ausgaben im Reich, Länder und Gemeinden mit dem Ziele, eine Ermäßigung der Ausgaben von 20 Proz. zu erreichen. Beamtenabbau, vor allen Dingen der Gemeindebeamten, Finanzausgleich und Ausgabenbeschränkungen, Verkleinerung der Parlamente usw. sollen als Mittel hierzu dienen. Daneben verlangen sie aber in der Hauptfache Beseitigung der gemeindlichen Wohlfahrtsanstalten und Unternehmungen.

Die Denkschrift sagt auf Seite 30: „Die Ankäufe von Hotels und sonstigen Privatunternehmen, der Erwerb von Aktienpaketen, von Rittergütern ist privat- und volkswirtschaftlich entschieden zu verwerfen.“

Wir verweisen auf die stark angewachsenen kommunalen oder mit kommunaler Beteiligung errichteten Baugenossenschaften, sowie auf die Ausdehnung der kommunalen Bankbetriebe. Ähnliche Erscheinungen sind auch bei verschiedenen Ländern und höheren kommunalen Verbänden, so z. B. auf dem Gebiete des Elektrizitäts- und Montanwesens zu beobachten. Wir müssen mit allem Nachdruck darauf hinweisen, daß eine weitere Entwicklung auf dieser Linie ein völlig unberechtigter Eingriff in die freie Wirtschaft ist, der nicht scharf genug bekämpft werden kann.“

Daß die gemeindlichen Betriebe den Vereinigten Arbeitgeberverbänden im Magen liegen, ist bekannt, wüßten sie doch dahinter den Anfang der Sozialisierung. Dazu kommt noch, daß die Löhne in den gemeindlichen Betrieben höhere sind als wie die der Privatindustrie. Die gemeindlichen Betriebe lassen aber auch die Möglichkeit zu, sichere Vergleiche anzustellen über die Gewinne, die in der Privatindustrie gemacht werden; dies ist vor allen Dingen den Privatunternehmern unangenehm. Wenn die Gemeinden dazu gekommen sind, kommunale Baubetriebe zu errichten, so deshalb, weil die Bauunternehmer die Gemeinden in der Regel als mekrende Kuh betrachteten, der man jeden Preis aberlangen konnte. Die Gemeinden sind namentlich von der Privatindustrie in der schlimmsten Weise geschrippt worden. Die gemeindlichen Anlagen, die heute im Reich vorhanden sind, sind aus der Not heraus geboren worden, und zwar um sich gegen die Ueberverteilung der Privatindustrie zu schützen. Daß wirtschaftliche Unternehmungen lediglich für das Privatunternehmertum reserviert bleiben sollen, beleuchtet schon zur Genüge, worauf die Denkschrift hinaus will. Das Schönste ist ja dabei noch, daß sie eine ganze Menge finanzpolitische Vorschläge macht, um zu sparen, und daß aber dort, wo Ueberschüsse erzielt werden, diese der Privatwirtschaft zu einem recht niedrigen Zinsfuß zur Verfügung gestellt werden sollen. Also die Privatwirtschaft will auf Kosten des Reiches, der Länder und der Gemeinden und auf Kosten der sozialen Fürsorge ihre Rentabilität wiederherstellen. Die so viel gepriesene Privatwirtschaft hat Schiffbruch gelitten und nun sollen Reich, Staat und Gemeinden helfen, sie wieder flott zu machen, natürlich auf Kosten der breiten Massen.

Einen großen Raum nahm in der Broschüre die Abhandlung, „Die soziale Abgaben“ ein. Auf das Zahlenwerk können wir hier nicht eingehen und wollen nur einiges zu der Begründung fügen. Auf Seite 40 heißt es:

„Unsere Sozialpolitik muß in den verengten Lebensräumen der Wirtschaft und ihren zahlreichen anderen Lasten in Einklang gebracht werden, wenn nicht der Zeitpunkt kommen soll, an dem die soziale Fürsorge zum Schaden für alle Beteiligten in ihrer Existenz bedroht wird... Eine weitere Grenze muß nach unserer Auffassung die Sozialpolitik da finden, wo die Verantwortung des einzelnen für sich und seine Familie einzusehen hat. Die Sozialpolitik darf letzten Endes nicht dazu führen, daß jeder einzelne, der aus ihr Vorteil zieht, sich der sittlichen Verantwortung für seine eigene und der Zukunft seiner Familie entziehen fühlt.“

In richtiges Deutsch übertragen, soll es wohl heißen, daß die soziale Fürsorge so gehalten sein müsse, daß der Anreiz zur Arbeit nicht verloren gehe. Die Denkschrift verdächtigt somit die deutsche Arbeiterklasse, daß sie lieber die soziale Unterstützungseinrichtungen in Anspruch nehme, als zu arbeiten. Es ist dies eine Verdächtigung, wie sie schlimmer nicht gedacht werden kann und wofür in der Denkschrift keinerlei Beweis erbracht wird. Die Unterstützungsgelder der Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung und noch anderer Unterstützungseinrichtungen sind ja so niedrig bemessen, daß eine derartige Verdächtigung bei vernünftigen Menschen gar nicht aufkommen kann. Schon der Umstand, daß die Unternehmungen, besonders Wohlfahrtsanstalten geschaffen haben, zeigt schon, daß die staatliche Fürsorge zu dürftig, mangelhaft und unzureichend ist. Der deutsche Arbeiter will nicht der sozialen Fürsorge anheimfallen, sondern er will arbeiten. Daß der deutsche Arbeiter fleißig ist, das haben schon vielfach deutsche Unternehmer anerkennen müssen. Dieses Beispiel zeigt, daß sich die Denkschrift der Arbeitgeber in nichts von den früheren unterscheidet. Sie trägt den Stempel „gekaufter Wissenschaft“ zur Schau.

Zu dem Kapitel Lohn und Arbeitszeit wird auf Seite 44 gesagt: „Schließlich müssen die Löhne auch dem Wohlstand einer Volkswirtschaft angepaßt sein. Die großen Verluste in unserem Volkswirtschaft und Volkseinkommen in Verbindung mit den Reparationslasten können auch auf die Entlohnung der menschlichen Arbeitskraft in unserer Wirtschaftslage nicht ohne Einfluß sein. Der Lohn ist mit der Wirtschaftslage und mit der Wohlstandslage engstens verknüpft, d. h. die Löhne müssen so gestaltet werden, daß ein Wohlstand der Volkswirtschaft gegeben ist.“

Damit will die Denkschrift wohl andeuten, daß Arbeitslohn, Arbeitszeit sowie die soziale Fürsorge in letzter Linie stehen und daß in erster Linie für das Wohlergehen der Wirtschaft gesorgt werden muß. Gewiß, von dem allgemeinen Wohlstand einer Volkswirtschaft hängt die Lebenslage eines Volkes ab. Wenn aber die deutsche Volkswirtschaft in der Gegenwart nicht so ergeht, ist, wie dies in früheren Jahrzehnten der Fall gewesen ist, so tragen wohl daran die Unternehmer die größte Schuld. Die Vernachlässigung des Produktionsapparates fällt allein dem Unternehmertum zur Last, indem sie sich während der Zeit der Inflation das Faustgeld der Inflation zu Nutzen machten. Sie ließen Wirtschaft und Betriebe verrotten. Auf Kosten der deutschen Arbeiterklasse soll nun die Privatwirtschaft, die von den „Wirtschaftsführern“ in den Turm geführt worden ist, wieder flottgemacht werden. Im diesen Zweck zu erreichen, soll die menschliche Arbeitskraft des notwendigen Schutzes beraubt werden. Wir haben schon zu wiederholten Malen darauf hingewiesen, welche wirtschaftliche Gefahren für die deutsche Wirtschaft entstehen durch eine weitere Herabdrückung des Lebensstandards und des sozialen Schutzes des deutschen Arbeiters. Die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse führen zur Auswanderung der deutschen Arbeiter. In der Auswanderung der besten Arbeitskräfte liegt eine große Gefahr für unsere Wirtschaft, die nicht unbeachtet bleiben darf. Wird durch das reaktionäre Verhalten der deutschen Unternehmer auch noch diese Kraftquelle verhäutet, dann können wir tatsächlich empfinden.

Es ist ganz selbstverständlich, daß dann im weiteren die Denkschrift gegen das bestehende Tarif- und Schlichtungswesen allerlei Gründe vorzubringen weiß; Gründe sind ja so wohlfeil wie Brombeeren. So wird unter anderem in der Denkschrift gesagt:

„Die Industrie fordert aber, daß die Frage, ob Tarifverträge abzuschließen sind oder nicht, der freien Vereinbarung der Beteiligten überlassen werden muß, wobei auf die großen Verschiedenheiten der gewerblichen, betrieblichen und örtlichen Verhältnisse Rücksicht zu nehmen ist.“

Es ist ungefähr ganz das, was auch Dr. Meisinger in seiner bekannten Äußerung niedergelegt hat. Wer zwischen den Zeilen zu lesen versteht, findet ohne weiteres heraus, daß die Wünsche der Vereinigten Arbeitgeberverbände dahin gehen, zu Wertstarke zu gelangen, die letzten Endes mit den von Unternehmergebern gezogenen gelben Werkverleihen abgeschlossen werden sollen.

Bezüglich der Arbeitszeit wird in der Denkschrift verlangt, daß die Unternehmer in keiner Weise in der Arbeitszeitfrage beengt werden. So lehnen auch jede tarifliche Bindung in der Arbeitszeitfrage ab, so daß letzten Endes der Unternehmer selbst über die Länge der Arbeitsdauer zu entscheiden hätte.

Man sieht also aus diesem kleinen Umriß, daß das Wirtschaftsprogramm der Unternehmer allerlei Wünsche enthält, die sich nur erfüllen lassen durch eine weitere bedeutliche Herabdrückung des Lebensstandards der deutschen Arbeiterschaft. Die deutsche Arbeiterschaft wird die Denkschrift beachten und sich in ihren Maßnahmen so einrichten, daß die Angriffe der Unternehmer auf die Lebenshaltung der deutschen Arbeiter abge schlagen werden.

Es gibt keine Einheitsfront mit der KPD.

Die Kommunistische Partei hat eine neue Kampffront aufgetan, merkwürdigerweise gegen den A D B. Sie kämpft unter der abgebrauchten Standard der proletarischen Einheitsfront. Den willkommenen Anlaß dazu fand sie in der Vermittlungsaktion, zu der sich der Bundesvorstand des A D B. bereit fand, als es sich um die Schaffung eines übereinstimmenden Wortlautes des der Volksentscheidung vorzulegenden Gesetzentwurfes über die Fürsteneinteilung handelte. Der Bundesvorstand hatte diese Vermittlung auf Anruf der beteiligten Parteien übernommen, da auch er einen solchen Volksentscheid wünschte. Mit dieser Vermittlungsaktion war die aktive Mitwirkung des Bundesvorstandes an dem Volksentscheid erledigt. Die weitere Durchführung der Aktion ist eine Angelegenheit der Parteien, nicht der Gewerkschaften. Gewiß haben die Gewerkschaften ein Interesse daran, daß der Volksentscheid erfolgreich durchgeführt wird und zum Siege gelangt. Aber ihre Mitglieder sind auch politisch organisiert und in ihren Parteien tätig. Man darf von ihnen erwarten und verlangen, daß sie dort für die Verwirklichung des Volksentscheid unterbreiteten Programms wirken werden, ohne die Kräfte der bereits durch die Wirtschaftskrise in Mitleidenschaft gezogenen Gewerkschaften dafür in Anspruch zu nehmen.

Anders denkt die kommunistische Partei, die fremder Kräfte bedarf, um wieder auf die Beine zu kommen. Ihr war die Frage der Fürsteneinteilung nur eine der vielen Parolen, die ihrer Agitation dienen. Als nun diese eine Parole aktuell wurde und etwas auf diesem Gebiet geschehen mußte, schrie sie plötzlich nach der Einheitsfront mit den Gewerkschaften. Es war schmer, ihr bereitwillig zu machen, daß der A D B. für solche Rinterlichkeiten nicht zu haben sei. Für eine ehrliche Symbiose kommt die KPD überhaupt nicht in Betracht, — das hat uns die Vergangenheit genugsam gelehrt, — und für eine andere Einheitsfront muß sich der A D B. bedanken, denn Schmarotzer und Parasiten pflegen unangenehme Bett- und Lebensgenossen zu sein, die nicht das gemeinsame Wohl, sondern nur den eigenen Vorteil auf Kosten ihres Wirts im Auge haben.

In den Vermittlungsverhandlungen der Parteien wurde ausdrücklich vereinbart, daß die Gewerkschaften die Durchführung der Volksentscheidungsaktion den Parteien überlassen und daß jede Partei diesen Kampf selbständig führen werde. Die Gründung von Einheitskomitees dürfte nicht stattfinden. Trotz dieser Vereinbarung treten die Kommunisten allerorts mit solchen Einheitskomitees auf den Plan. Sie misgönnen damit das Abkommen über die Durchführung des Volksentscheides. Aber hat sich die KPD. jemals an Abmachungen gehalten?

In der Tat wollen die Kommunisten die Volksentscheidungsaktion nur dazu benutzen, sich an die Gewerkschaften heran- und wenn möglich in diese hereinzubringen, um größeren Einfluß auf die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterklasse zu bekommen. Wichtiger als der ganze Volksentscheid dünken ihnen die sogenannten Einheitskomitees, die sie überall gründen und durch Heranziehung der Gewerkschaften flott zu machen suchen. Wir warnen unsere Gewerkschaftsgenossen auf das entschiedenste, auf diesen plumpen kommunistischen Schwindel hereinzufallen. Es gibt keine Kampfgemeinschaft zwischen Gewerkschaften und KPD., auch nicht in der Frage des Volksentscheides. Es ist Sache der politischen Parteien, nicht der Gewerkschaften, die Volksabstimmung über die Fürsteneinteilung vorzubereiten und durchzuführen.

Daß es den Kommunisten nicht um den Volksentscheid, sondern nur um ihren proletarischen Einheitsfronttrümmel zu tun ist, beweist ein Rundschreiben, das sie an die Gewerkschaften in Rheinland-Westfalen geschickt haben. In diesem Schreiben wird die proletarische Einheitsfront, vor allem für die gewerkschaftlichen Kämpfe verlangt, um die Offensive des Unternehmertums abzuwehren. Es werden für die gegenwärtige Krisenperiode Wirtschaftskämpfe auf breiter Basis und in enger Verbindung mit den Erwerbslosen verlangt, die in kürzester Zeit über ganz Rheinland-Westfalen auszudehnen seien, um so die Offensive der Kapitalgewaltigen zum Stehen zu bringen.

Der eigentliche Zweck der Einheitskomitees ist also: Wilde Streikpropaganda mit Hilfe der Erwerbslosen. Da die Kommunisten bei den Gewerkschaften kein Glück damit haben, suchen sie wieder einmal die Betriebsräte größerer Werke für ihre Machenschaften einzufangen. Wir warnen auch die Arbeiterklasse und ihre Vertretungen in den Betrieben ersichtlich vor diesem Einheitskomiteeschwindel. Wer in diesen Komitees mitwirkt, der verläßt die gewerkschaftliche Einheit des A D B., die keiner Ergänzung durch die Kommunisten bedarf. Auf dem Gebiete der Abwehr des Unternehmertums haben die Gewerkschaften allein zu bestimmen. Da hat jede Verhandlung mit der kommunistischen Partei auszuschließen.

Weder für den Volksentscheid noch für den gewerkschaftlichen Kampf bedürfen wir der Einheitskomitees. Wer ihrer bedarf, das sind einzig die Kommunisten, und wer ihnen dabei hilft, der schädigt die Gewerkschaften.

Wir fordern die gewerkschaftlichen Instanzen aller Verbände, die Bezirkssekretäre und Ortsausschüsse auf, dem neuen Einheitsfrontschwindel in der schärfsten Weise entgegenzutreten. Es ist ein unerhörter Skandal, daß die Kommunisten angeht, daß auch von ihnen gemauerten Volksentscheides nichts Besseres zu tun haben, als parteigewöhnlicher Zweise willen den Kampf die Gewerkschaften zu tragen. Wenn die Volksbewegung darunter leidet, fällt alle Verantwortung auf sie zurück!

Seit längerer Zeit geht die Kommunistische Partei mit der Parole „Herstellung der Einheitsfront“ unter der Arbeiterschaft freudig. Die Kommunistische Partei hat in der letzten Zeit gewaltig an Mitglieder verloren. Die Einheitsfrontparole soll nun das geeignete Mittel sein, mit welchem sich die KPD. aus der unerquicklichen Situation retten will. In dem Kampfe um die Fürstenabfindung hat sich die Sozialdemokratische Partei mit der Kommunistischen Partei zur Herbeiführung des Volksbegehrens auf bestimmte Richtlinien geeinigt. Nachdem dies geschehen war, unterstellte die „Rote Fahne“ der Sozialdemokratischen Partei, daß es erst dem Druck der Massen bedürft hätte, ehe sie sich bereit gefunden habe, das Volksbegehren gegen die Fürstenabfindung zu unterstützen. Schon diese Tatsache zeigt, daß die Kommunistische Partei den Kampf ums Volksbegehren für ihre eigenen politischen Zwecke und zur Schädigung der mit ihr verbundenen Partei auszunutzen will. Dieses wird auch durch ein Rundschreiben der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg besonders bestätigt. Wir können das Rundschreiben nicht voll abdrucken, wollen aber einige Sätze, die die Situation besonders beleuchten, davon hervorheben. An einer Stelle heißt es u. a.:

„Das ist seit Jahren die günstigste Gelegenheit, nicht nur breite Arbeitermassen, sondern auch weite Schichten des Mittelstandes und des Kleinbürgerums aus der Gefolgschaft der SPD. und zweifellos auch das der Gefolgschaft der übrigen bürgerlichen Parteien loszulösen und sie in die Gefolgschaft der KPD. zu bringen.“ An anderer Stelle wird gesagt: „Die Frage der Fürstenabfindung ist für uns die Frage, um weitere gesteckte Ziele, bei denen der Stimmzettel nur als agitatorisches Mittel in Betracht kommt und als Gradmesser unserer Stärke dient. Das muß von unseren Genossen, die sich vor der Konferenz eingehend besprechen müssen, genau beachtet werden.“

Dieses Rundschreiben zeigt, daß man mit der KPD. keine Einheitsfront herstellen kann. Mit Heuchlern, die nur zu dem Zweck die Einheitsfront herbeiführen wollen, um den Verbündeten im Rücken anzugreifen, kann man selbstverständlich nie zusammenarbeiten. Daß unter diesen Umständen die Interessen der Arbeiterschaft leiden müssen, ist klar; aber daran läßt sich nun leider nichts ändern.

Vor uns liegt ein weiteres Rundschreiben der Kommunistischen Partei, welches an die Bezirksvorstände des NDB. in Rheinland und Westfalen gerichtet ist. In dem Rundschreiben heißt es u. a.: „Da in der jetzigen Krisenperiode Wirtschaftskämpfe größere Aussicht auf Erfolg haben, wenn sie auf breiter Basis und in enger Verbindung mit den Erwerbslosen geführt werden, muß mit allen Mitteln versucht werden, zu einem für die Arbeiterschaft günstigen Zeitpunkt die Kämpfe möglichst über ganz Rheinland-Westfalen auszudehnen und so die Offensive der Kapitalgewalten zum Stehen zu bringen.“ Als günstiger Zeitpunkt wird dann für die Metallindustrie, wie auch für die Textilindustrie der 1. April 1925 angegeben. Man fordert dann die Bezirksvorstände der freien Gewerkschaften des NDB. auf, sofort in Beratung über folgende Punkte einzutreten:

1. Auf die sofortige Organisierung einer umfassenden Werbetampagne für die Gewerkschaften.
2. Auf die Frage der Kündigung der Tarifverträge zum 31. März in allen Industriegruppen für ganz Rheinland-Westfalen.
3. Auf die Herbeiführung eines engen Kampfbündnisses zwischen allen in Frage kommenden Gewerkschaften und den Erwerbslosen.
4. Auf die Einberufung und Organisierung einer Konferenz der Betriebsräte, der Gewerkschaftsvertrauensleute und der Vertrauensleute der Erwerbslosenausschüsse für Rheinland und Westfalen für Anfang März durch den NDB.

Als uns die Sätze zu Gesicht kamen, glaubten wir, ein Versinniger hätte sie niedergeschrieben. Tatsächlich ist das Schreiben von verantwortlicher kommunistischer Stelle verfaßt worden. Man erkennt daraus wieder, daß Irrsinn und Verbrechen auf einer Linie liegen. Die Kommunistische Partei bezweckt also nichts anderes, als die Gewerkschaften in aussichtslose Kämpfe zu verwickeln, die zum Nutzen der Arbeiterschaft auslaufen müssen, und durch welche die Arbeiterschaft in ein ungeheures Elend gestürzt würde. Die Kommunistische Partei würde dann hinterher an der gewerkschaftlichen Kampfführung vernichtende Kritik üben, um auf diese Weise ihre Parteiluppe zu fochen. Die ins Elend gestohene Arbeiterschaft bliebe ihr gleichgültig. Die Arbeiterschaft wird, und dies darf man wohl voraussetzen, auf diesen kommunistischen verbrochenen Anschlag nicht hereinfallen.

Die „Leipziger Volkszeitung“ hat bereits in der vorigen Woche Beschlüsse einer Bezirkskonferenz für Westfalen, die am 16. und 17. Januar in Leipzig tagte, veröffentlicht, nach welcher Erwerbslose als Objekte kommunistischer Parteipropaganda mißbraucht

werden sollen. Die Richtlinien, die auf der Leipziger Bezirkskonferenz der KPD. ausgeheckt worden sind, zeigen ebenfalls, mit welchen verwerflichen Mitteln die KPD. arbeitet. Es wird in den Richtlinien, die dort zur Annahme gelangten, u. a. gesagt:

„Politisch ist in den Gewerkschaften die durch die Erwerbslosigkeit rabattierte Stimmung der Arbeiterschaft zur Herbeiführung von Beschlüssen auf Grund der Lösungen unserer Partei in ständig steigendem Maße auszunutzen. Mancher SPD.-Arbeiter wird in der Erwerbslosigkeit leichter zu einem Zusammengehen mit uns bereit sein und besser denn je die Schaffung einer Opposition, die Heraushebung eines linken Flügels verstehen. Wir müssen diese Möglichkeit erkennen und sie planmäßig für die Besetzung der Funktionärsposten in den Gewerkschaften durch unsere Genossen oder durch mit uns sympathisierende Gewerkschafter oder SPD.-Arbeiter auszunutzen.“

Unter 7) wird dann weiter gesagt: „Der Druck auf die Gewerkschaftsbureautrate kann bei einer solchen Arbeit wiederum in einem Maße gesteigert werden, wie wir es im Sommer 1923 erlebten.“

Die Leipziger Konferenz der KPD. läßt ebenfalls recht deutlich erkennen, daß es der KPD. auf ernsthafteste Zusammenarbeit mit den übrigen Arbeiterinstanzen nicht ankommt, sondern daß es ihr lediglich darauf ankommt, die Gewerkschaften und die SPD. zu schädigen. Daß sich die KPD. dazu noch die Erwerbslosen als geeignete Objekte herausucht, beleuchtet besonders, wenn die gewissenlosen Stroiche scharf sind. Wir hoffen, daß die Arbeiterschaft diese Leute endgültig abweist. Für die Arbeiterschaft kann nur eins gelten, und zwar, daß mit der KPD. keine Einheitsfront hergestellt werden kann.

Kommunistische „Tüchtigkeit“.

In der Abteilung Zwirnerei der Baumwollspinnerei A.-G. in Selena u wurden 17 Arbeiterinnen entlassen, ohne daß Anzeige beim Ministerium erstattet worden ist. Es lag dies daran, daß der kommunistische Betriebsrat unserer Verwaltungsstelle in Selena u von diesem Vorgang keine Mitteilung machte. Der Kommunist arbeitet nicht für den Deutschen Textilarbeiterverband. Die Abteilung Zwirnerei, in welcher dieser „tüchtige“ kommunistische Betriebsrat beschäftigt ist, wurde bisher in drei Schichten, je 8 Stunden gearbeitet. Auf Veranlassung der Firma ist eine Schicht entlassen worden; dafür arbeiten nun die beiden anderen Schichten pro Tag 10 Stunden. Der Vorsitzende des Betriebsrates hat diese Tatsache dem Textilarbeiterverband zu melden, ebenfalls unterlassen. Der Betriebsrat arbeitet ebenfalls 10 Stunden mit. In dieser Weise werden von den Kommunisten die Rechte der Arbeiterschaft mit Füßen getreten. Kein Wort der Kritik ist scharf genug, um das Verhalten eines solchen Mannes zu kennzeichnen. Die kommunistischen Zeitungen schweigen sich aber betätigt über solche Verbrechen ihrer Parteianhänger aus. Überall, wo Kommunisten an exponierten Stellen zur Vertretung der Interessen der Arbeiterschaft gestellt sind, da vertragen sie ganz jämmerlich. Die Fälle mehren sich bergeshoch, in welchen die Kommunisten Verrat an der Arbeiterschaft verübt haben. Dies hindert natürlich die kommunistische Presse nicht, in einem fort über den angeblichen Verrat der Gewerkschaften zu jähern.

Aufruf

für die Neuwahlen der Betriebsvertretungen im Jahre 1926.

Die Neuwahlen der Betriebsvertretungen sind einheitlich nach den Richtlinien der unterzeichneten Spitzenverbände in den Monaten Februar-März durchzuführen.

Von den Ortsausschüssen des NDB. und den Ortskartellen des AFA-Bundes ist zu diesem Zweck ein Termin zu bestimmen.

an welchem alle Betriebsvertretungen die Bestellung des Wahlvorstandes vornehmen und diejenigen Belegschaften, die gegenwärtig eine Betriebsvertretung nicht besitzen, ihren Unternehmer zur Bestellung eines Wahlvorstandes auffordern. Die Durchführung der Wahlen obliegt den jeweils beteiligten Gewerkschaften.

Alle Betriebsvertretungen, welche im Laufe des Jahres 1925 gewählt worden sind, sollen im Interesse der Einheitlichkeit die Neuwahlen durchführen. Maßgebend sind § 23 bzw. §§ 42 und 43 BRG. Betriebsvertretungen, welche erst

im Jahre 1926 gewählt worden sind, bleiben im Amt, ebenso diejenigen Betriebsvertretungen, bei denen besondere Verhältnisse vorliegen, auch wenn die Wahlen schon im Jahre 1925 stattgefunden haben. Hierbei ist jedoch eine Verständigung mit den maßgebenden Gewerkschaften notwendig. Die besonderen Betriebsvertretungen gemäß § 61, 62 BRG. (im Bau- und Gewerbe, bei Behörden, bei der Reichsbahn usw.) handeln nur nach den Wünschen ihrer Gewerkschaften. Für sie gilt daher die allgemeine Aufforderung zur Neuwahl nicht.

Diese Anweisungen sind genauestens zu beachten, damit Schädigungen der Arbeiterbewegung vermieden werden.

Maßgebend für die Durchführung der Wahl sowohl für Arbeiter als auch für Angestellte sind die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses in Leipzig 1922 (Protokoll Seite 419/20) und die Richtlinien des AFA-Bundes vom 3. Juli 1924. Hierauf ist genau zu verfahren. Insbesondere ist unter allen Umständen zu unterlassen, in verkleideter oder offener Form politische Listen aufzustellen. Außerdem dürfen in keinem Fall in die Listen der freien Gewerkschaften Kandidaten aufgenommen werden, die unorganisiert sind. Wo hiergegen verstoßen wird, können die Gewerkschaften derartige Wahlen auf Grund der Kongressbeschlüsse nicht anerkennen.

Die Entwürfe für die zur Durchführung der Neuwahlen notwendigen Formulare sind enthalten in dem allgemein vertriebenen Kommentar von Flotow Seite 273 ff. Diese Materialien hat der Unternehmer zur Verfügung zu stellen (§ 56 BRG. und § 22 der Wahlordnung zum BRG.).

Nach den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten sämtlicher deutschen Länder ist in vielen Betrieben eine Wahlmüdigkeit der Belegschaften festgestellt worden. Diese Beobachtungen deuten sich mit denen der Gewerkschaften. Es ist unverantwortlich, daß ein Teil der deutschen Arbeiter und Angestellten von ihrem wichtigsten Mitbestimmungsrecht keinen Gebrauch macht und sich infolgedessen auch ihrer großen Rechte hieraus freiwillig begeben. Unter allen Umständen muß erreicht werden, daß in allen Betrieben, für die gesetzliche Betriebsvertretungen zuständig sind, derartige Betriebsvertretungen auch gewählt werden.

Die Gewerkschaften haben angesichts der gegenwärtigen Wirtschaftskrise und der damit verbundenen großen Arbeitslosigkeit alle Kräfte dafür eingesetzt, die Schäden, welche sich hieraus für Arbeiter und Angestellte ergeben, zu mildern oder zu beseitigen. Bei der Durchführung des Achtstundentages, der Einführung von Betriebsurlauben und von Kurzarbeit sowie bei geplanten Betriebsstillegungen haben die Betriebsräte wichtige gesetzliche Rechte auszunutzen. Die Gewerkschaften können nur in Zusammenarbeit mit den Betriebsräten auf diesen Gebieten die Arbeitnehmerrechte wahren. Es ist daher unbedingte Pflicht, nur solche Betriebsräte zu wählen, die mit diesen gesetzlichen Rechten genau vertraut sind. Belegschaften, die anders handeln, haben es sich selbst zuzuschreiben, wenn sie in der gegenwärtigen Krise vollkommen schutzlos sind.

Rumkehr an die Arbeit! Das wichtige gesetzliche Mitbestimmungsrecht ist zu seiner vollen Geltung zu bringen! Die Stärkung der Kampfkraft der freien Gewerkschaften muß wiederum die Parole bei den Betriebsrätewahlen sein.

Berlin, den 1. Februar 1926.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund (ADGB.)
Allgemeiner freier Angestelltenbund (AFA-Bund.)

Aus der Textilindustrie.

Fabrikbrand in Jitta.

700 Webstühle verbrannt. — Bereits der siebente Brand seit Bestehen der Firma.

In Jitta zerstörte kürzlich ein Großfeuer einen beträchtlichen Teil der dortigen mechanischen Weberei, die eine der größten Textilfabriken des Ortes ist. Der Brand kam in der sogenannten Vorbereitung zum Ausbruch und wurde erst bemerkt, als die Flamme schon bedeutenden Umfang erreicht hatten. Besonders schwer wurden die Schlichterei, die Spulerei und der große mit etwa 700 Webstühlen ausgestattete Webesaal vom Feuer angegriffen. Zahlreiche Webemaschinen und eine große Menge von halbfertigen Fabrikaten sind verbrannt. Neben der städtischen Feuerwehr waren außer der eigenen Fabrikfeuerwehr noch zahlreiche Wöschmannschaften aus den benachbarten Orten und Fabriken an der Brandbläue erschienen, denen es nach stundenlangen Bemühungen gelang, des Feuers Herr zu werden. Die Höhe des Schadens, der sich zurzeit noch nicht voll übersehen läßt, dürfte sehr groß sein. Die betroffene Fabrik ist seit ihrer Gründung schon sechsmal von ähnlichen Bränden heimgesucht worden.

Wissenschaftliche Betriebsbeobachtungen.

Der „Textilarbeiter“ hat schon des öfteren darauf hingewiesen, daß die Preise für die Fertigwaren in der Textilindustrie unter Berücksichtigung der Rohstoffe, der Arbeitelöhne, viel zu hoch liegen. Auch trotz der starken Krisis sind die Preise nicht gesunken. Es ist dies wohl auf die ungeheure Macht der Textilartikeln zurückzuführen. Interessant sind daher die Ausführungen, die nach dem „Berliner Tageblatt“ in dem Verband Deutscher Wäschehändler und Wäschehersteller Herr E. Schoden gemacht hat.

Zunächst wies er mit großer Schärfe darauf hin, daß der Krieg für den Handel vom ersten Tage ab, soweit nicht Kriegslieferungen in Frage kamen, Substanzverlust bedeutet habe, daß aber in den Jahren der Inflation die leidtragenden Schichten ganz andere gewesen seien, und daß die meisten Angehörigen des Handels sich heute keine rechte Vorstellung davon machen, wie gering ihre Substanz am 1. Januar 1919 gewesen ist. Schoden beschäftigte sich nun im einzelnen mit der Preisbildung in der Textilindustrie, die er als Grundlage für die Ein- und Verkaufstätigkeit seiner Kaufhäuser seit einer ganzen Reihe von Jahren mit wissenschaftlichen statistischen Methoden beobachtet. Auf diese Weise hat er bereits im Jahre 1920 festgestellt, daß trotz der Papierlöhne und der höheren Kaufkraft der Markt im Inland die Verteuerung der Baumwollprodukte, je weiter die Verarbeitung sich fortsetzte, desto mehr die Verteuerung der Baumwolle selbst gegenüber der Vorkriegszeit überstieg. Als die Baumwolle auf dem dreifachen und der Lohn auf dem schwachen Friedensstand sich befanden, mußte für Garn das 34fache, für Kessel das 36 bis 37fache gezahlt werden, und erst in der letzten Verarbeitung in der Berliner Wäscheindustrie, fast das Dreifache, das inzwischen bis auf 40 gestiegen war, wieder herunter auf das 2fache. Ein erheblicher Teil der Textilindustrie war eben schwerindustriell orientiert und nutzte die Sucht nach der Ware in der Preisbildung aus. Aber auch für die Gegenwart führte der Fortschritt Kurven vor die in ihrem Verlauf geradezu verblüffend waren. Schoden berechnete für den üblichen Rohwoll die Veränderung seit dem Januar 1924. Wenn man sämtliche Bestandteile des Preises in diesem Monat gleich 100 setzt, so ergibt sich für die Baumwolle ein Preis von 58, für die Garne ein Preis von 72 und für das Gewebe (Stuttgarter Börsenpreis) ein Preis von 92. Die Friedensmarge für die Verarbeitung eines Kilograms betrug 85 Pf., und sie beträgt jetzt 285 Pf. Dieses Wachstum der Verarbeitungsmarge erklärte der Redner, ohne die Textilindustrie

Gemeinsam streift du dich der Tat. Ein zweiter kommt, dich anzuschließen. * FRAUENTEIL * Mitwirken will er, mitzulegen; Derzeitigkeit so ist Kraft und Mut.

Die Betriebsratswahlen und die Arbeiterinnen.

Die Betriebsratswahlen stehen vor der Tür. In allen Ortsgruppen ist man eifrig am Werk, die Betriebsratswahlen für die organisierte Arbeiterschaft erfolgreich zu gestalten. Die Vorbereitungen dazu werden allenthalben getroffen.

Haben unsere Kolleginnen angesichts dieser emsigen Tätigkeit, die aus Anlaß der bevorstehenden Betriebsratswahlen im ganzen Reiche herrscht, schon daran gedacht, daß diese Wahlen auch für sie überaus wichtig sind? Leider haben viele von ihnen noch eine gewaltige Scheu vor der Übernahme eines Postens in der gesetzlichen Betriebsvertretung.

Diese Scheu muß überwunden werden!

Wenn die Arbeiterinnen sich immer selbst ausschalten und freiwillig auf ihre Rechte verzichten, werden sie immer und immer wieder erfahren, daß ihre besonderen Interessen nicht in ihrem Sinne wahrgenommen werden.

Das muß anders werden!

Die Kolleginnen müssen ihre Gleichgültigkeit ablegen, sie dürfen vor allem nicht zurückstehen, wenn es gilt, die gesetzlichen Betriebsvertretungen zu wählen. Die den Arbeiterinnen im Betriebsratsgesetz gewährte Gleichberechtigung legt ihnen auch Pflichten auf. Durch diese Gleichberechtigung ist jede Arbeiterin verpflichtet, vom aktiven und passiven Wahlrecht Gebrauch zu machen.

Denn die Arbeiterinnen sind wahlberechtigt und wählbar!

Es geht nicht an, immer nur Rechte zu beanspruchen, ohne die den Arbeiterinnen im Betriebsratsgesetz zugesandene Gleichberechtigung anzuwenden und in die Tat umzusetzen.

Bei den diesjährigen Betriebsratswahlen ist die Zusammenfassung aller Kräfte ganz besonders erforderlich. Unbedingt notwendig aber ist es, daß die Arbeiterinnen sich an dieser Wahl recht rege beteiligen, damit bei den diesmaligen Betriebsratswahlen mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck kommt, daß in der deutschen Textilindustrie zwei Drittel Arbeiterinnen beschäftigt sind.

Die gut organisierten Unternehmer haben es verstanden, ihren Einfluß auf alle Regierungen und Behörden geltend zu machen. Sie richten ihr Augenmerk auf eine weitere Verlängerung der Arbeitszeit, möglichst niedrige Entlohnung, Beseitigung des Mitbestimmungsrechts der Arbeiter im Betriebe, Verminderung des Arbeiterschutzes, Abbau der Sozialgesetzgebung, Abschaffung aller Rechte, die sich die Arbeiterschaft mit Hilfe der Gewerkschaften erkämpft haben. Darüber hinaus wollen sie auch von Abschluß von Tarifverträgen und den staatlichen Schlichtungseinrichtungen nichts wissen.

Angesichts dieser Einstellung der Unternehmer wird es höchste Zeit, daß die Textilarbeiterin den Ernst der Lage begreift.

Ganz besonders notwendig aber ist es, daß die Arbeiterinnen ihre bisher geübte Zurückhaltung gegen jede Betätigung im öffentlichen Leben und im Betrieb aufgeben. Sie müssen sich darüber klar werden, daß die Beseitigung der Schäden, unter denen sie bei ihrer Erwerbsarbeit oft schwer zu leiden haben, nur möglich ist, wenn sie sich mit ganzer Kraft für ihre Beseitigung einsetzen.

Die Funktion als Betriebsrat gibt dazu die beste Möglichkeit.

Sowie es Ehrensache der Arbeiterschaft sein muß, daß in diesem Jahre kein Betrieb ohne die gesetzliche Betriebsvertretung bleibt, müssen es die Arbeiterinnen als Ehrenpflicht ansehen, daß es in Zukunft keinen Betriebsrat ohne weibliche Betriebsratsmitglieder gibt. Nur so kann die Arbeiterschaft im allgemeinen und die Arbeiterinnen im besonderen die ihnen zustehenden Rechte wahren.

Bei den bevorstehenden Neuwahlen der Betriebsräte ist darauf zu achten, daß nur alte erfahrene Gewerkschafter und bewährte Betriebsratsmitglieder gewählt werden. Ferner muß bei den Betriebsratswahlen verlußt werden, die noch nicht organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen für die Organisation zu gewinnen.

Ohne starke, kampffähige Gewerkschaften kann keine Betriebsvertretung arbeiten. Die zahlenmäßige Stärkung der Gewerkschaften liegt somit im wohlverstandenen Interesse eines jeden Betriebsrats. Kolleginnen und Kollegen! Betrachtet wir es darum in diesem Jahre als unsere Aufgabe, daß kein Betrieb ohne gesetzliche Betriebsvertretung bleibt, daß es keinen Betriebsrat ohne weibliche Betriebsratsmitglieder gibt. Vor allem aber setzen wir uns dafür ein, daß in allen Betrieben nur

die Vorschlagsliste des Deutschen Textilarbeiterverbandes gewählt wird.

Wenn wir alle in diesem Sinne im vollen Maße unsere Pflicht tun, werden auch die Betriebsratswahlen nicht nur günstig, sondern zu unserer vollen Zufriedenheit ausfallen. Der günstige Ausfall der Betriebsratswahlen oder wird uns im neuen Jahre Ansporn sein, auch weiterhin die Interessen der gesamten Textilarbeiterin mit Erfolg wahrzunehmen und zu vertreten.

Darum, Kolleginnen und Kollegen! Mit neuem Mut und neuer Hoffnung frisch ans Werk!

Der Hauptvorstand. — Abteilung Arbeiterinnensekretariat.

Auch Du bist verpflichtet, für den Deutschen Textilarbeiterverband Mitglieder zu werden!

irgendwie anzugreifen, als eine Folge der Zollpolitik, die eben diese Vorkriegsmarge von 85 Pf. mit einem Zoll von 1,22 Mt. schließt. Obwohl für die Berechnung des Zolles die Baumwolle ausbleiben muß und lediglich die übliche Verteuerung in Deutschland zugrunde gelegt werden kann, ist der Zoll verdoppelt worden. Der Redner wies weiter auf die von uns mehrfach geschilderten Vorverläufe ausländischer Exportanten in Baumwollgeweben hin. Auch mit den Ausländern beschäftigte er sich eingehend, die ohne Kapitalrisiko arbeiten, infolgedessen von wesentlichen Schwierigkeiten der deutschen Industrie verschont sind und auch unter den Löhnen nicht zu leiden haben, im Gegenteil eine besonders aggressive Arbeitsverflechtung darstellen. Trotzdem ist hier die Verarbeitungsmenge auf das Fünftel der Vorkriegszeit gesunken. Die Preise der Baumwollfabrikanten, die auf Veranlassung des Wirtschaftsministeriums eine kleine Preisobergrenze vorgenommen, und zum Ausgleich angeblich auf Veranlassung des Ministeriums den Rabatt gestrichen haben, bewegen sich auch nach dieser Preisobergrenze auf einem Niveaurende von 318 (wenn man die Friedensbasis auf die Bezüge von Großabnehmern abteilt), während ihre Hauptabkäufer auf 185 stehen. Der Redner zeigte dann weiter, wie groß der Widerspruch zwischen dem in keinem Betrieb aufgestellten Warenpreisindex und dem Kaufpreisindex ist. Daraus folgert er, daß der Einzelhandel in seinem eigentlichen Interesse für einen Ausgleich sorgen muß, weil sich bei der letzten Verflechtung des verkleinerten Bedarfs notwendig ein neues Arbeiten einstellt. Um das erfolgreich tun zu können, müßten freilich Ziele und Zahlungsfristen eingehalten werden, auch die Einführung des Regierpfandrechtes unterstützt der Redner in diesem Zusammenhang. Zu alledem gehört freilich, daß man seinen Betrieb wirklich klar sieht, nicht den Lagerumschlag nach Einkaufspreisen des Lagers und Verkaufsumsatz berechnen, nicht den reduzierten Lagerbestand nach Abschluß des großen Weihnachtsgeschäfts zugrunde legt, sondern den Jahresdurchschnitt nimmt, und daß man sich im Betriebe wieder den gegenwärtigen Leiterfordernissen anpaßt. In einer Fülle milderer Beispiele zeigte der Redner, wie in allen möglichen Schichten noch immer unter dem Eindruck der Inflationsjahre gewirtschaftet wird, wie man die Anpassung an die wirklich mögliche Lebenshaltung noch nicht findet. Immer wieder, wenn ihm Beteiligung an einer Fabrik angeboten wird, stellt es sich heraus, daß zwei, drei Familien vom Geschäft leben wollen und mehr verdienen, als an Ertrag zu erreichen ist, daß sie das aber nicht einsehen, sondern über die schlechten Zeiten klagen. So gab er auch dem Kleinbetrieb im Textilhandel Ratsschläge, wie er sich selber helfen solle, und brachte von all den üblichen Klagen, die zur Entschuldigung dienen und nicht einen Schritt weiter führen, auch nicht eine vor. Dagegen sprach er sehr lebhaft zugunsten klarerer Typisierung und Normalisierung, stärkerer Einschränkung der Arbeiterzahlen, um zu billigerer Produktion und billigeren Betriebskosten zu kommen.

Der Einzelhandel hat nach Schochens trotz aller Konkurrenz durch die verschiedensten Arten anderer Unternehmungsformen, Konsumvereine, Konsumanstalten, wilder Handel usw., bewiesen, daß er nicht so leicht zu erleiden ist. Er muß jedoch auch seine Aufgabe bewußt sehen und bewußt erfüllen, sich als einen Faktor in der Preisbildung empfinden, nicht zum Objekt der Preispolitik des Fabrikanten oder gar zum Verteiler von dessen Markenartikeln werden. Wenn er diese Pflicht erfüllt und seine eigene Stellung richtig erkennt, braucht er um seine Zukunft nicht ängstlich zu sein. Wir haben hier nur in ungeschärften Zügen die Gedankengänge Schochens wiedergegeben können und möchten mit dem Wunsch schließen, daß die, wie die beifolgende Spannung der Versammlung bewies, für den ganzen Einzelhandel so außerordentlich wertvollen Beobachtungen aus Schochens wissenschaftlicher Betriebsführung der Deutschnachricht bald in umfangreicherer und eingehender Weise vorgelegt werden.

Berichte aus Fachreisen.

Aue L. C. Am 17. Januar tagte die diesjährige Generalversammlung. Der Kollege Feustel gedenkt bei der Eröffnung der Versammlung zunächst der verstorbenen Kollegen. Daraufhin erstattet Kollege Feustel den Geschäftsbericht. Da der Geschäftsbericht gedruckt vorlag, so konnte Feustel sich kurz fassen und nur ergänzend auf denselben eingehen. Die Versammlung stellte ausdrücklich in der Diskussion fest, daß seit der Kollege Feustel die Geschäftsführung übernommen hat, eine erfreuliche Besserung eingetreten ist. Die Neuwahl der Ortsverwaltung ergab folgendes: 1. Vorsitzender Kollege Böpel, Überoda, 2. Vorsitzender Kollege Roth, Beutha, 1. Schriftführer Kollege Günther, Alfalter, 2. Schriftführer Kollege Ebert, Beutha, Revisoren Kollege Vogel, Aue, Kollege Richter, Bösnitz, Kollegin Höfer, Bösnitz, Beisitzer Kollege Büttner, Bösnitz, Kollege Claus, Streitwald, Kollege Höfer, Bösnitz.

Brandenburg a. d. H. Wir haben uns im vorigen Jahre schon einmal im Textilarbeiter mit der Firma Friz Rabe, Färberei, beschäftigt. Die Firma Rabe dankte dafür in einem besonderen Schreiben, welches an unsere Brandenburgische Geschäftsleitung gerichtet war, angeblich deshalb, weil unser Bericht für die Firma Rabe eine gute Reklame war. Wir sind selbstlos genug, wenn wir uns wiederum mit der Firma Rabe beschäftigen und im Nachstehenden einen Bericht der „Brandenburgischen Zeitung“ vom 14. Januar zum Ausdruck bringen, der die Firma Rabe wiederum in einem besonderen Licht erstrahlen läßt und welcher zeigt, daß der Firmeninhaber in jeder Beziehung strupellos ist.

Ein sozialer Irrtum.

Der Schrei der Unternehmer nach Abbau der sozialen Lasten ist bekannt. Angeblich kann die Wirtschaft die Belastung, die ihr die soziale Gesetzgebung auferlegt, nicht mehr tragen. Es gibt aber auch rühmliche Ausnahmen. Da ist z. B. die Firma Friz Rabe, Färberei in der Hauptstraße, die eine solche „rühmliche“ Ausnahme macht. Anstatt die sozialen Lasten abzubauen, nimmt sie einen Aufbau derselben vor. Und das ist praktisch so geschehen: einer bei ihr beschäftigt gewesenen Arbeiterin hat sie wochenlang höhere Krankentagebeiträge angedroht. Ihrem Wochenverdienst nach gehörte die Arbeiterin zur fünften Lohnstufe der Allgemeinen Ortskrankenkasse. Aber, wie die Firma nun einmal ist, rechnete sie ihr aber Beiträge zur sechsten Stufe an. Diese „Höherrechnung“ kam aber nicht der Arbeiterin zugute. Die Firma hatte sie tatsächlich zur Stufe 5 angemeldet, für die der Wochenbeitrag 1,38 Mt. (0,92 Mt. Pflichtbeitrag des Versicherten, 0,46 Mt. Pflichtbeitrag des Arbeitgebers) betrug. Der Arbeitnehmer hat aber die Färberei für die Zeit vom 13. Oktober d. J. bis 4. Januar d. J. schlankweg pro Woche 1,10 Mt. von dem an sich schon hohen Wochenlohn abgezogen. Diese 1,10 Mt. sind der Pflichtbeiträge des Versicherten in Lohnstufe 6, die einen Wochenbeitrag von 1,55 Mt. vorseht. Der Arbeiterin sind also 12 Wochen lang 0,45 Mt. mehr, das sind 2,16 Mt., abgezogen worden. Schlußwort: diese 2,16 Mt. sind nicht der Krankentage beigetragen, die diese Firma Rabe hat sie vielmehr für sich behalten. Als nun die Arbeiterin dahinkam, daß ihr wöchentlich mehr Krankentage abgezogen wurde, wie dies nach den Satzungen der Krankenkasse zulässig ist, erlosb sie natürlich Einspruch bei der Firma, um das soviel geschätzte Geld zurückzuerhalten. Und die Folge? Die Firma Rabe beteuerte der Arbeiterin, daß sie wegen einer solchen Begehre kein Kommen machen möge. Von der Frau des Herrn Rabe bekam die Arbeiterin nach bitteren Formwörtern zu hören, indem sie bemerkte, das ist nun der Dank dafür, daß sie, die gnädige Frau, dafür gesorgt habe, daß das Kind der Arbeiterin vom Luisenbund

zu Weihnachten beschert worden sei. Die Folge war schließlich, daß die Arbeiterin entlassen wurde, und zwar „wegen Arbeitsmangel“. Bei der Firma Rabe scheint man sich überhaupt über die Sozialbeiträge nicht recht klar zu sein, oder aber sehr schlecht rechnen zu können. So ist derselben Arbeiterin des öfteren der volle Erwerbslosenbeitrag vom Lohn abgezogen worden, trotzdem bekanntlich Arbeitgeber und Arbeitnehmer diesen Beitrag je zur Hälfte zahlen müssen. Dieser Arbeiterin ist es passiert, daß ihr in einer Woche, in der sie kurz arbeiten mußte und in der sie 4,97 Mt. Verdienst hatte, noch 1,59 Mt. für Sozialbeiträge abgezogen wurden, so daß sie mit 3,38 Mt. nach Hause ging. In einem anderen Falle hatte sie in der Woche nur 2,26 Mt. verdient. Der Abzug für Sozialbeiträge stellte sich auf 1,99 Mt., ganze 0,27 Mt. nahm die Frau als Verdienst für eine Woche mit nach Hause. Ähnliche Fälle sind auch bei anderen Arbeiterinnen zu verzeichnen gewesen, ja es ist sogar vorgekommen, daß eine Arbeiterin noch 0,48 Mt. darauflegen mußte, um überhaupt die Sozialbeiträge bezahlen zu können. Leider hat im Betrieb des Herrn Rabe die gewerkschaftliche Organisation keinen Boden gefaßt, so daß er mit seinen Arbeiterinnen schalten und walten kann wie es ihm beliebt.

Höher geht die Unternehmerrscherei nimmer!

Kaiserslautern. Bei verhältnismäßig gutem Besuche hielt die hiesige Ortsgruppe des Deutschen Textilarbeiterverbandes am Sonntag, den 17. Januar, die Jahresgeneralversammlung ab. Den Jahres-, Geschäfts- und Kassenbericht gab der Geschäftsführer, Kollege Leonhardt, Eingang warf Redner einen politischen und wirtschaftlichen Rückblick auf das Jahr 1925. Zu den Vorgängen innerhalb des Verbandes übergehend, verweist er auf die großen Kämpfe, die in den verschiedensten Landesteilen des Reiches geführt werden mußten, um dem Unternehmertum etwas mehr Lohn abzurufen. Insgesamt waren im Reich zirka 79 Streiks und Aussperrungen zu verzeichnen, an denen 138 Betriebe mit 30 000 Personen beteiligt waren. Mit Erfolg durchgeführt wurden 62 Kämpfe, ohne Erfolg 17. Lohnbewegungen haben im Reich nicht weniger denn 600 stattgefunden. Die Behauptung von gewisser Seite, die Gewerkschaften seien keine Kampfesorganisationen mehr, wird durch diese knappen Ziffern schlagend widerlegt. Dabei kann das Erreichte gewiß nicht in allen Teilen befriedigen. Es hätte sicherlich mehr erreicht werden können, wenn den Textilarbeitern die Idee der Gewerkschaftsorganisation weit mehr in Fleisch und Blut übergegangen wäre, als das leider bedauerlicherweise nicht der Fall ist. Ein nicht kleiner Teil der Textilarbeiter glaubt immer noch, ohne Organisation auskommen zu können. Dabei müßte sich doch jeder klar darüber sein, daß einem so geschlossenen isolierten Textilunternehmertum nur dann ausreichende Löhne abgerufen werden können, wenn wir eine ebenso geschlossene Organisation gegenüberzustellen vermögen. Der Beschäftigungsgrad in der Textilindustrie kann bis in den Oktober hinein als stabil bezeichnet werden. Nach der Arbeitslosen- und Kurzarbeiterstatistik, die vom Verband monatlich durchgeführt wird, waren im Januar 1925 insgesamt 5 Proz. Kurzarbeiter und Arbeitslosen zu verzeichnen, während dieselbe im Oktober nur noch 2,8 Proz. betrug. Für November und Dezember ist aber wieder ein merkliches Answellen der Erwerbslosen und Kurzarbeiter im Verlande zu verzeichnen. Auch im Filialbereich Kaiserslautern ist Betriebsstilllegung und Kurzarbeit an der Tagesordnung. Während in der Rammgarnspinnerei voll, ja sogar noch eine Ueberstunde gemacht wird, hat die Baumwollspinnerei und -weberei Kamperstühle, die zirka 800 Arbeiter beschäftigt, die Arbeitszeit auf 40 Stunden beschränkt. Die Baumwollspinnerei und -weberei von Bender u. Co., hier, hat die Arbeitszeit ebenfalls auf vier Tage reduziert. In Kusel sind die Verhältnisse in der Textilindustrie geradezu katastrophal. Die Tuchfabrik von Zöllner hat ihren Betrieb mit zirka 300 Arbeitern geschlossen, während bei der Firma Ehrenspeck von 153 Arbeitern nur noch 60 beschäftigt sind. Redner kam dann auf die Entwicklung der Löhne im Jahre 1925 zu sprechen, betonend, daß der Lohn des Facharbeiters um 11,5 Pf., der Sozialarbeiterlohn um 9 Pf., der Frauenlohn um 6,5 Pf. gesteigert werden konnte. Zu dieser Lohnerhöhung bedurfte es dreier Lohnbewegungen, von denen eine durch einen neuntägigen Streik zugunsten der Arbeiterkraft zu Ende geführt werden konnte. Aus dem Jahresstellenbericht seien folgende Ziffern wiedergegeben: Die Gesamteinnahmen der Hauptkasse betrugen 36 632,29 Mt., die Gesamtausgaben 11 267,78 Mt., so daß an die Hauptkasse 25 505,51 Mt. abgeführt werden konnten. Die Gesamteinnahmen der Lokalkasse stellen sich auf 12 708,90 Mt., die Gesamtausgaben 12 511,65 Mt., mithin Kassenbestand von 197,25 Mt. An Krankenunterstützung wurden 3011,70 Mt., Erwerbslosenunterstützung 2334 Mt., Streikunterstützung 4207 Mt. ausbezahlt. Redner schloß seinen Bericht mit dem Appell, treu zur Organisation zu stehen und in der Werbearbeit für dieselbe nicht zu erlahmen. Die anschließende Diskussion bewegte sich in durchaus sachlichem Rahmen. Sodann wurde beschlossen, den Lokalkassenschlag von 10 auf 15 Pf. zu erhöhen. Nachdem noch der Geschäftsführer den Bericht über den Stand der Lohnbewegung gegeben hatte, wurde zur Neuwahl der Ortsverwaltung geschritten. An Stelle des zum Deutschen Wertmeister-Verband übergetretenen Kollegen Schuff, dem auch an dieser Stelle der Dank für seine Arbeit im Interesse der Organisation ausgesprochen werden soll, mußte ein neuer Vorsitzender gewählt werden. Einstimmig wurde als Vorsitzender Kollege Adolf Braun gewählt. Die Ortsverwaltung setzt sich nunmehr wie folgt zusammen: Adolf Braun, 1. Vorsitzender, Ludwig Anstätt, 2. Vorsitzender, Andreas Stord, 1. Schriftführer, Friz Theobald, 2. Schriftführer, Friz Stahl, Philippine Duenell und Maria Jung, Beisitzer. Als Kartelldelegierte wurden August Berg, Heinrich Herbach und Jakob Diehl. Mit einem kräftigen Appell schloß der Vorsitzende die in allen Teilen harmonisch verlaufene Versammlung.

Lauban. Die Bezirksfiliale hielt am 19. Januar 1926 die Jahresgeneralversammlung ab. Kollege Karl Kutschka sprach über: „Die Wirtschaftslage — Arbeitslosenfrage und Auswege aus derselben“. Redner gab in großen Zügen ein Bild der augenblicklichen Wirtschaftslage, behandelte die Arbeitslosenfrage, die große Not in viele Familien bringe, und zeigte an Hand von Beispielen, daß notwendige Notstandsarbeiten, welche der Wirtschaft zugutekommen, ausgeführt werden könnten, um die augenblickliche Not zu lindern. Leider müsse Erhöhung der Unterstützung gefordert werden.

Den Kassenbericht vom 4. Quartal gab Kollege Friz Jädel, welcher in Einnahme und Ausgabe mit Reichsmark 10 778,93 abschloß. Die Wahl der Ortsverwaltung ergab einstimmige Wiederwahl der bisherigen Mitglieder, ein Zeichen, daß die Leitung das volle Vertrauen der Mitglieder besitzt. Zu den Vertretern in den Ortsauschuss wurden für zwei vergangene Mitglieder neue, sonst die alten Vertreter wiedergewählt. Einige organisatorische Fragen wurden erörtert, so die Beitrags- und Unterstützungsfrage. Die Hauptversammlung fand im Zeichen einer aufwärtsstrebenden Beteiligung.

Nördlingen. Am 10. Januar 1926 hielt die hiesige Ortsgruppe ihre diesjährige Generalversammlung im Saal „Zum Mohrenkopf“ ab, an welcher auch der Kollege Schindler-Augsburg teilnahm. Kollege Schönleber hielt einen kurzen Vortrag, worauf die Vorstandswahl stattfand. Die Vorsitzerschaft wurde wiedergewählt mit Ausnahme des ersten Kassierers, welcher aus Gesundheitsrückichten eine Wiederwahl ablehnte. Die Wahl des Kassierers fiel auf den Kollegen Ritz. Mit einem Appell an treues und besseres Zusammenhalten schloß der Vorsitzende, Kollege Strauß, die Versammlung.

Sagan. (Jubiläumfeier!) Am Sonntag, den 17. Januar, hatte die Filiale Sagan ihre Mitglieder zu Ehren der Jubilare, die länger als 25 Jahre der Organisation ihre Treue bewahrt haben, zu einer schlichten Feier eingeladen. Nachdem durch einige Musikstücke die

Feier eingeleitet wurde, brachte der Arbeiter-Männergesangsverein einige Arbeiterlieder zu Gehör. Hierauf wurde von der Kollegin Weise ein sinnreicher Prolog vorgelesen. Kollege Rieger begrüßte die Anwesenden und warf einen Rückblick auf die Entwicklung unserer Organisation am hiesigen Orte und hob ganz besonders die Verdienste der Jubilare hervor, die in mustergültiger Treue stets zur Fahne des Deutschen Textilarbeiterverbandes gestanden haben. Gauderer Kollege Frisch hielt die Gedendrede, streifte in kurzen Worten die gegenwärtige schwere Lage der Textilarbeiter und ermahnte zum Zusammenhalt, denn wenn wir Seite an Seite für unser Recht und Freiheit kämpfen und nie wanken, wie es unsere Jubilare getan haben, um so früher wird unser Ziel erreicht sein. Den sieben Jubilaren, welche an einer besonderen Tafel Platz genommen hatten, wurden alsdann die in geschickter Form hergestellten Ehrenurkunden überreicht. Nach Anhörung einiger Gesangsvorträge des gemischten Chors und zwei Musikstücke war die Feier beendet.

Jschopau. Die hiesige Filiale hielt am 19. Dezember eine wohlgeleitete und gutbesuchte Veranstaltung zur Ehrung von vier Jubilaren, die dem Verband mehr als 25 Jahre (28 bis 45 Jahre) angehören. Es sind dies die Kollegin Wilhelmine Lanzmann, Ernst Sauer, Paul Sauer und unser Geschäftsführer Edmund Volkram. Das Programm bestand aus Instrumental- und Gesangskonzert, Festrede und Rezitation. Alle Darbietungen waren von hohem künstlerischen Wert. Geradezu erstklassig waren — wenn man von einem kleinen Sprachfehler, der durchaus nicht störte — absteht, die Rezitationen des Genossen Albert Starke, Chemnitz. Die Festrede des Kollegen Badstübner zeigte den Anwesenden, mit welcher schweren persönlichen Opfern unsere „Alten“ ihre Verbandszugehörigkeit zu bezahlen hatten. Verfolgung, Brotlosmachung, die zum Teil sogar auf Denunziationen eigener Klassenossen zurückzuführen, waren sie in sehr starkem Maße ausgeübt. Daß sie trotzdem so tapfer ausgehalten, zeige, daß sie an ihre Sache festhalten geblieben haben. Heute, wo der Verband 350 000 Kämpfer zähle, sei der Beweis erbracht, daß ihre Hoffnung nicht auf Sand gebaut war. Den jungen Kolleginnen und Kollegen empfahl er, sich an der Treue und Hingebung der Alten ein Beispiel zu nehmen und ihnen nachzueifern. Starter Beifall folgte seinen tiefempfundnen Worten. Auch das Gedicht „Die Jungen an die Alten“, was Genosse Starke so meisterhaft vortrug, wirkte im selben Sinn und fand starken, lang anhaltenden Beifall. Die von den beiden Arbeitergesangsvereinen Gornau und Jschopau vorgelegenen Gesänge waren sehr gut in das ausgezeichnete Programm eingefügt und ausgezeichnet vorgelesen. Es ist nur zu wünschen, daß alle sangestubigen Kollegen und Kolleginnen der beiden Orte, diesen Vereinen beitreten, damit deren gute Gesänge in Zukunft noch kräftiger vorgelesen werden können. Die Kollegin Scharschmidt überreichte mit einer kurzen, sehr sinnigen Ansprache der Kollegin Lanzmann als Geschenk der Frauengruppe einen schönen Blumenkorb. Nach Abwicklung des geradezu herrlichen Programms hielt ein Tänzchen die Festteilnehmer zusammen.

Literatur.

Zwei neue Schriften

gibt jetzt der Deutsche Textilarbeiter-Verband heraus. Zunächst ist hier die „Textilarbeiterjugend“ zu nennen, deren erste Nummer am 1. Januar erschienen ist. Auf der ersten Seite enthält dieses Schriftchen ein Geleitwort des Verbandsvorstandes; von Hermann Jädel, in welchem der Zweck der „Textilarbeiterjugend“ in kurzen Worten genannt wird. Ein weiterer Artikel behandelt unsere „Jugendarbeit“. Die fachtechnische Seite wird unter einem Aufsatz — „Wichtiges vom Wechselschuh“ — von B. Nelson behandelt. In das Wesen der Arbeiterbanken führt ein Aufsatz von Otto Jakobson ein. Ferner wird auf den Reichsjugendtag in Kassel, welcher zu Pfingsten stattfindet, hingewiesen. Allerlei Nachrichten und „vom Leben unserer Jugendgruppen“ bilden den Abschluß dieser anerkennenswerten Schrift. Hoffen wir, daß sich die „Textilarbeiterjugend“ recht viele Freundinnen und Freunde erwerben möge. Wir wünschen dieser jungen Mitstreiterin den besten Erfolg!

Seit Januar erscheinen die „Wertblätter“ für die im Deutschen Textilarbeiterverband organisierten Betriebsräte wieder. Die Wertblätter für Betriebsräte hatten sich bereits in der früheren Zeit einen guten Ruf erworben. Die Nummer 1 deutet an, daß die Redaktion der „Wertblätter“ befreit ist, den guten Ruf, den sie früher erworben hat, sich zu erhalten. Eine Neuerung ist in den „Wertblättern“ insoweit enthalten, daß sie auch die fachtechnische Wissenschaft zu unterstützen versuchen.

Hoffen wir, daß die „Wertblätter“ sich viele Freunde erwerben mögen. Sie werden zweifellos in arbeitsrechtlicher sowie auch in fachtechnischer Hinsicht ein ausgezeichnetes Hilfsmittel für unsere Betriebsräte darstellen.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Sonntag, den 14. Februar ist der Beitrag für die 7. Woche fällig

Adressenänderungen.

- Gau Hannover. Lübbecke ist zu streichen!
- Gau Barmen. Aachen: Walter Kamm ist zu streichen! K u. Geschäftsf.: Mathias Wilms, Kleinfeldstraße 18.
- Böckolt: V: Heinrich Ingenhorst, Dittostraße 10.
- Cresfeld: V: Karl Eden, Dieffenerstraße 122.
- Düsseldorf: V: Max Straube, Zimmerstraße 18.
- Gau Augsburg. Weiler: V: Anton Egelhofer, Bremenried 6. Weiler i. Allgäu, Scheffauer Straße 234.
- Gau Dresden. Dresden: K: Paul Gebauer, Ribbenbergstraße 4.
- Baun: V u. K: A. Steidl, Nordstraße 1.
- Eisenhof: V: Max Martin, Magazinstraße 10.
- Großenhain: Alle Sendungen an den V. Walter Frische, Frauenmarkt 33.
- Pulsnitz: V: Walter Berndt, Pulsnitz, M. S. Nr. 40. K: Rich. Gärtner, Lange Straße 10. Alle Sendungen an Ribbach, Bange Straße 10.
- Gau Schlesien. Breslau: V: Mathilde Rudolf, Brodau, Kolontzeistraße 11b.

Gau Berlin. Forst (L.): V: Max Sagroba, Richard-Wagner-Straße. Alle Sendungen, außer in Kassenangelegenheiten, an Emil Heider, Leipziger Straße 8.

Totenliste.

Gestorbene Mitglieder.

- Berlin. Therese Gogdziminski.
- Burkhardsdorf. Wilhelmine verw. Graichen.
- Dresden. Franz Richter.
- Gelenau. Joseph Hecht, Karl Johann Lorenz, Emil Mehnert, Christ. Friedrich Tippmann, Paul Ernst Helbig, Anna Marie Pfau, Anna Marie Karl, Albin Karl Uhlmann, Auerbach; Laura Klara Keller, Auerbach; Rudolf Döbel, Auerbach.
- Söbaw. Sa. Ernestine Schniebs, Luise Hempel, Ober-Cunnersdorf.
- Münchberg. Wilhelm Keil, Premeisel.
- Rheine. Franz König, Borghorst.
- Thalheim. August Hofmann, Wilhelm Jahn, Albert Wegel; Paul Grabner, Hornersdorf-Dorf, Gemnitz.
- Weschau. Paul Spiegel.